

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2012

Europa

Deutschland

I (4327) **Hannover.** Mit erheblicher Verspätung hat die evangelische Kirche ihren Mitgliederstand für Ende 2011 bekannt gegeben. Sie verlor demnach 276.000 Mitglieder und fiel auf 23,62 Millionen zurück, obwohl die Gesamtbevölkerung in 2011 sogar um 92.000 auf 81,844 Millionen zunahm. Damit sank der evangelische Anteil um 0,37 auf 28,86 Prozent. (Zum Vergleich: Die Katholikenzahl fiel "nur" um 178.000, weil in 2011 besonders viele Zuzüge und wenige Wegzüge aus den katholischen Ländern Spanien, Italien und Portugal zu verzeichnen waren. Überdies hat die katholische Kirche zwar netto - d.h. nach Abzug der Eintritte - etwa gleich viele Austritte wie die evangelische Kirche, ist aber weniger stark überaltert.) Im Jahr 2012 dürfte der Trend ähnlich liegen. Laut einer sehr prompten Meldung der evangelischen Landeskirche Bayerns lag in abgelaufenen Jahr die Netto-Austrittszahl bei über 13.000, womit sie erstmals seit 200 Jahren in Bayern einen Anteil von weniger als 20 Prozent der Bevölkerung aufweist. Der Anteil der Konfessionsfreien stieg hingegen erstmals seit Menschengedenken auf über 25 Prozent, während der katholischen Kirche Ende 2012 noch etwa 51,5 Prozent der Bayern angehörten. (*MIZ*-Eigenmeldung auf Basis der EKD-Mitteilung vom 13.11.12 und der *Süddeutschen Zeitung* vom 9.1.13; vgl. auch *MIZ* 2/12, Meldung 4271)

I (4328) **München.** Die CSU hat sich vehement gegen den Vorschlag von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger gewandt, islamische Feiertage in Bayern einzuführen, gleichzeitig aber die christlichen „stillen Tage“ zeitlich einzuschränken. Zustimmung kam jedoch fast gleichzeitig vom evangelischen Landesbischof. (*Süddeutsche Zeitung*, 31.8.12)

I (4329) **Berlin.** Das geplante Sterbehilfe-Gesetz, das ein Verbot von Vereinen vorsieht, die die straffreie Beihilfe zum Freitod aus finanziellen Motiven durchführen, geht der katholischen Kirche nicht weit genug. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück (CSU), fordert, jede Form der „organisierten Sterbehilfe“, ob gewerbsmäßig oder unentgeltlich betrieben, müsse verboten werden. Einen ähnlichen Antrag nahm auch der CDU-Bundesparteitag an. Auch andere katholische Kreise, darunter Kardinal Marx, äußerten sich im gleichen Sinne.

Der Mainzer Kardinal Karl Lehmann forderte jede Form der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung zu verbieten. Durch die Konzentration des Gesetzes auf kommerzielle Formen der Sterbehilfe drohe die Entstehung einer „Grauzone“.

Dies lehnt hingegen die Bundesjustizministerin entschieden ab, weil Beihilfe zum Suizid nicht verboten ist. Noch weiter geht der Verein Dignitas Deutschland, der vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz klagen will. „Wenn etwas grundsätzlich zulässig ist, kann man es nicht plötzlich verbieten, nur weil es gewerbsmäßig ist. Auch die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) hatte sich in einer Stellungnahme gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen.

(*Frankfurter Rundschau*, 30.8.12; *Süddeutsche Zeitung*, 31.8.12; *KNA*, 30.11.12; Pressemitteilung des ZdK, 7.12.12;)

I (4330) **Hamburg**. Jeder zweite Bundesbürger würde lieber den begleiteten Freitod wählen, als in Deutschland zum Pflegefall zu werden. Das geht aus einer Infratest-Umfrage für die fundamentalistische „Patientenschutz“-Organisation *Deutsche Hospiz Stiftung* hervor. Demnach sehen mit 51 Prozent mehr Frauen als Männer (49 Prozent) den Suizid als Ausweg. Der Chef der vom Malteser-Ritterorden gegründeten Stiftung sprach angesichts der Ergebnisse von einem „Armutzeugnis“. (*Bild*, 12.12.12)

I (4331) **Vatikanstadt**. Das 500-Jahr-Jubiläum der Reformation im Jahr 2017 sorgt schon jetzt für Zwist zwischen Vatikan und den deutschen Lutheranern. Der Ökumene-Minister des Papstes, Kardinal Kurt Koch, hatte gefordert, für 2017 nur ein Gedenken an die Reformation zu planen, weil er eine kritische Abrechnung mit der damaligen katholischen Kirche fürchtet. Der EKD-Ratsvorsitzende Schneider wies diese Einmischung zurück. „Wir werden auf jeden Fall feiern“, meinte er und zeigte sich optimistisch, dass es wegen dieser Frage zumindest mit der deutschen katholischen Kirche nicht zu einem Konflikt kommen werde. Zu kritischen Anmerkungen aus den säkularen Reihen wegen zahlreicher fragwürdiger Äußerungen Luthers (z.B. zur Vertreibung der Juden oder der Unterdrückung der unfreien Bauern) äußerte sich Schneider nicht. Der katholische Historiker Lehmann forderte die evangelische Kirche auf, sich von Lutherlegenden zu trennen. Sie solle nicht mehr „Luther als Glaubenshelden und Freiheitskämpfer zeigen, der der Bevormundung durch die katholische Hierarchie die Stirn bietet. Mit der historischen Wirklichkeit, soweit sich diese aufgrund der überlieferten Quellen rekonstruieren lässt, haben sie nichts zu tun.“ Jedenfalls wollten die Katholiken „das Zerbrecen der Kirche nicht feiern.“ (*KNA*, 4.12.12; *Die Zeit, Beilage Christ & Welt*, 10.1.13)

I (4332) **Trier**. Bereits drei Wochen vor dem jüngsten Eklat mit der Entpflichtung des Kriminologen Pfeiffer hat die Bischofskonferenz die Entscheidung getroffen, sich vor die pädophilen Priester zu stellen und sie im Kirchendienst zu lassen. Dies geht aus einer Meldung von Radio Vatikan hervor, die hier ausnahmsweise im weitgehend ungekürzten Originalton wiedergegeben werden soll:

Bischof Ackermann: Missbrauchstäter nicht aus der Kirche verstoßen

Katholische Priester, die Minderjährige missbrauchen, sind in den seltensten Fällen in klinischem Sinne pädophil. Das geht aus dem Abschlussbericht der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) zur Analyse forensisch-psychiatrischer Gutachten hervor. Der Bericht wurde an diesem Freitag der Presse vorgestellt. Darin wurden die Fälle von 78 Priestern untersucht, die durch sexuelle Übergriffe auf Minderjährige aufgefallen waren. Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Studie: Die Beweggründe für sexuelle Übergriffe ließen sich überwiegend dem „normalpsychologischen Bereich“ zuordnen. ... Der Beauftragte der DBK zu den Missbrauchsfällen, der Trierer Bischof Stephan Ackermann, erläutert:

„Die Gutachten sollen den Entscheidungsträgern, d.h. in diesem Fall den Bischöfen, helfen, eine Entscheidung darüber treffen zu können, wo kann – wenn überhaupt – jemand, der sich des sexuellen Missbrauchs schuldig gemacht hat, in der Seelsorge noch eingesetzt werden.“

Auf Empfehlung von Wissenschaftlern habe die Bischofskonferenz beschlossen, "Täter nicht aus der Kirche komplett zu verstoßen, weil sie „im System Kirche“ besser

zu kontrollieren sind und die Gefahr eines Rückfalls geringer" werde. „Wenn es um Krisenphasen bei priesterlichem Dienst geht, dann müssen wir mit den Betroffenen im Gespräch kommen.“ (Pressemitteilung der Bischofskonferenz, 7.12.12)

Anm. *MIZ*-Red.: Wie kommen die alten Herren der Bischofskonferenz zu der fachlichen Kompetenz, eine „Analyse forensisch-psychiatrischer Gutachten“ zu erstellen. Dass diese Leute dafür völlig überfordert sind, dürfte auch jedem Laien klar sein. Günstigstenfalls lassen sie sich von genehmen Experten beraten, von deren Meinung sie wiederum das extrahieren, was ihnen ins Konzept passt. Jedenfalls haben sie bereits vor dem Start der Arbeit des Kriminologen Pfeiffer publik gemacht, was sie als Ergebnis wollen.

I (4333) **Berlin**. Die Mehrheit des Bundestages hat sich hinter das kircheneigene Arbeitsrecht gestellt. Mit den Stimmen der Regierungskoalition und der SPD wandte sich das Parlament gegen einen Antrag der Linksfraktion, der den sogenannten „Dritten Weg“ infrage stellte. Die Grünen enthielten sich der Stimme. Politiker von Union, FDP und SPD verlangten allerdings von den Kirchen eine konsequente Anwendung ihres Arbeitsrechts und beklagten Missstände. (*KNA*, 14.12.12)

I (4334) **Regensburg**. Politischer Atheismus und aggressiver Säkularismus sind nach den Worten von Erzbischof Gerhard Ludwig Müller die größte Gefahr für Deutschland und Europa. „Wir dürfen als Kirche nicht defensiv sein und uns auf den Kreis der Menschen beschränken, die zum Gottesdienst kommen“, sagte der Präfekt der römischen Glaubenskongregation in einem Interview. Deshalb brauche es mehr Katholiken mit gesellschaftlichem Engagement. Er rief Katholiken dazu auf, an Wahlen teilzunehmen oder sich auch als Kandidat einer Partei aufstellen zu lassen. „Wir überlassen das Feld oft anderen ideologischen Gruppierungen und wundern uns dann, wenn die Kirche plötzlich zurückgeschoben wird.“ (*Mittelbayerische Zeitung*, 15.12.12)

Frankreich

I (4335) **Paris**. Wohnungsbauministerin Cécile Duflot hat die katholische Kirche gebeten, den Winter über ihre zahlreichen ungenutzten Räumlichkeiten für Obdachlose zur Verfügung zu stellen, die nicht der schneidenden Kälte ausgesetzt sein sollten. Der Bischof von Evry, Michel Dubost, reagierte hinhaltend. Die Kirche sei „sensibel“ für diese Thematik; allerdings nutze sie viele ihrer Immobilien zusammen mit Behörden. Vielleicht könne die Ministerin ja auch staatliche Gebäude in ihre Suche miteinbeziehen. Konkrete Zusagen machte er nicht, obwohl die Kirche laut Aussagen von Insidern allein bei leerstehenden Pfarrhäusern oder ehemaligen Dienstwohnungen auf eine fünfstellige Zahl käme. (*ap*, 3.12.12)

I (4336) **Montargis**. In der zentralfranzösischen Stadt Montargis ist ein Streit um den Nikolausbesuch an Schulen ausgebrochen. Wie französische Medien berichten, sagte die Direktorin einer Vorschule den Nikolausbesuch „aus Respekt vor den verschiedenen Glaubensrichtungen“ ab. Die Tradition entspreche „nicht den Werten der laizistischen Schule“. Einige Eltern der Schüler wandten sich den Angaben zufolge daraufhin an den Bürgermeister. Sie vermuteten hinter der Entscheidung „Druck von muslimischen Familien“. Tatsächlich sehen aber auch viele säkulare Verbände die weltanschauliche Neutralität verletzt. (*La République du Centre*, 6.12.12)

I (4337) **Paris**. Gegen den erbitterten Widerstand der katholischen Kirche soll embryonale Stammzellforschung künftig in Frankreich „unter strengen Auflagen und ohne jede Vermarktung“ zugelassen werden. Der Gesetzentwurf wurde vom Senat, der zweiten Kammer Frankreichs, mit breiter Mehrheit angenommen; er war von linken Senatoren eingebracht worden und wird auch von der sozialistischen Regierung unterstützt. Ihn muss nun die Nationalversammlung prüfen. Die Bischöfe warfen dem Senat u.a. eine „anthropologische Grenzüberschreitung“ vor; er riskiere „der Welt eine Botschaft zu senden, die Ethik verneint und die von wissenschaftlichem Anachronismus zeugt“. (Radio Vatikan, 6.12.12)

Anm. *MIZ*-Red.: Gerade der letzte Halbsatz, wo die französische Bischofskonferenz anderen „wissenschaftliche Rückständigkeit“ unterstellt, wirft die Frage auf, ob sich die Bischöfe für ein kompetentes naturwissenschaftliches Expertengremium für biologische Fachfragen halten.

I (4338) **Paris**. Auch in Frankreich spitzt sich die Debatte um aktive Sterbehilfe zu. Der Bericht einer Ethikarbeitsgruppe, der Staatspräsident Francois Hollande vorgestellt wurde, befürwortet eine Erweiterung des Selbstbestimmungsrechts zum Sterben - zum Ärger der Kirchen. Der Entwurf öffne „die Tür zur aktiven Sterbehilfe ein Stück“, kommentiert die katholische Tageszeitung *La Croix*. Das bisher geltende Gesetz Leonetti aus dem Jahr 2005 müsse richtig angewandt werden, argumentierten demnach die Ethiker. So habe ein Arzt bereits jetzt das Recht, einem todkranken Patienten eine hohe Dosis Beruhigungsmittel zu verabreichen, um seine Schmerzen zu lindern; dabei könne auch in Kauf genommen werden, dass er dadurch schneller sterbe. Dies stößt aber auf Widerspruch bei den Bischöfen. (*La Croix*, 18.12.12)

Großbritannien

I (4339) **London**. Erstmals seit der Reformation sollen zwei katholische Colleges wieder zu Universitäten aufgewertet werden - und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo die Bedeutung der Kirchen gerade in England rasant am Schwenden ist (vgl. auch *MIZ* 1/12, Meldung 4139).

Über entsprechende Pläne der konservativen Regierung berichtet die in London erscheinende katholische Wochenzeitschrift *The Tablet*. Den vollen Status einer Hochschule sollen demnach das „Trinity University College“ in Leeds und das „Newman University College“ in Birmingham erhalten. Beide Einrichtungen wurden in den 1960er Jahren für die Lehrerausbildung gegründet und haben das Recht, akademische Grade zu vergeben. Katholische Kreise beschwerten sich sogar noch, dass das „St. Mary's University College“ in Twickenham bei London, die älteste und größte der katholischen Bildungseinrichtungen in England entgegen ihren Erwartungen nicht auf der Liste der Regierung stehe. (*BBC*, 1.12.12; *The Tablet*, 30.11.12)

I (4340) **London**. Britische Thronerben sollen künftig einen Katholiken heiraten dürfen, ohne ihren Erbanspruch zu verlieren. Den entsprechenden Gesetzentwurf kündigte Vize-Premierminister Clegg zum schnellstmöglichen Termin an. Im Oktober 2011 hatten alle 16 Commonwealth-Staaten, die die Queen als Staatsoberhaupt haben, ein entsprechendes Gesetz aus dem Jahr 1701 aufgehoben, das die Heirat eines katholischen Partners zum Ausschlusskriterium für die Thronfolge machte. Als weltliches Oberhaupt der anglikanischen Staatskirche wird der Monarch selbst jedoch auch künftig Anglikaner sein müssen. Andersreligiöse oder gar Religionsfreie

zu heiraten bedeutet hingegen auch weiterhin den Verlust aller Thronfolgerechte.
(BBC, 5.12.12)

I (43401) **London**. Die Regierung will die anglikanische Kirche offenbar per Gesetz von der Trauung homosexueller Paare ausschließen, weil diese die gleichgeschlechtliche Ehe ablehnt. Der frühere anglikanische Bischof von Oxford, Lord Richard Harries, hat sich dagegen ausgesprochen. Ein entsprechendes staatliches Verbot leiste einer Diskriminierung homosexueller Geistlicher Vorschub (was er bei der aktuellen Haltung der anglikanischen Kirche offenbar nicht annimmt). Wenn der aktuelle Regierungsentwurf zur Trauung gleichgeschlechtlicher Paare in Religionsgemeinschaften Gesetz würde, führte dies zu seelsorglichen und rechtlichen Problemen für die anglikanische Kirche. Anglikanische Geistliche müssten dann gleichgeschlechtliche Paare mit Heiratswunsch an andere Konfessionen verweisen. (*Sunday Telegraph*, 16.12.12)

Irland

I (4342) **Dublin**. Der Priestervereinigung *Association of Catholic Priests* (ACP) liegt das Wohl von Kriminellen in den eigenen Reihen offensichtlich mehr am Herzen als das der Opfer von sexuellem Missbrauch. Sie will die Möglichkeit der anonymen Anzeige von Missbrauchsvorwürfen abschaffen. Beschuldigten Geistlichen solle künftig der Name des Klägers und die genauen Anschuldigungen genannt werden müssen. Nach ihren Angaben hätten sich in den vergangenen zwei Jahren Vorwürfe gegen zwölf Priester als „unbegründet“ erwiesen; andere Quellen sprachen hier jedoch von „unbewiesenen“ Fällen. Betroffene warnten vor einem solchen Schritt. Missbrauchsoffer Marie Collins sagte in einem Interview, dies könne Opfer abschrecken, da die Täter oft „sehr viel Macht über ihre Opfer“ hätten. (*Irish Examiner*, 3.12.12; *Irish Independent*, 3.12.12)

Anm. MIZ-Red.: Nach bisherigem Stand muss von insgesamt mindestens 400 irischen Tätern im Priesterrock ausgegangen werden, so dass also ganze drei Prozent der beschuldigten Kleriker betroffen wären – sofern die Darstellung des Interessenverbands zutreffen sollte.

Irland

I (4343) **Dublin**. Das strenge Abtreibungsverbot auf der Grünen Insel beginnt sich zu lockern – zum Leidwesen der katholischen Bischofskonferenz. Nachdem der Europäische Menschenrechtsgerichtshof im Jahr 2010 die unklare Abtreibungsgesetzgebung gerügt hatte und in Musterurteilen ein Schwangerschaftsabbruch bei Gefahr für das Leben der Mutter oder bei Suizidgefahr der Schwangeren erlaubt wurde, will die Regierung nun die Abtreibung in eng begrenztem Umfang erlauben. Den aktuellen Bericht einer von der Regierung beauftragten Expertengruppe zur Abtreibungsgesetzgebung kritisierte nun die katholische Bischofskonferenz. Drei der vier aufgeführten Optionen zur Klärung der Rechtslage beinhalteten die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, bemängelten die Bischöfe in einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung. „Abtreibung, im Sinne einer direkten und gewollten Vernichtung ungeborenen Lebens, ist unter allen Umständen unmoralisch“, hieß es. Anders gelagert seien medizinische Eingriffe, die „nicht direkt“ darauf abzielten, das Leben des ungeborenen Kindes zu beenden. Wie sie den Unterschied zwischen „direktem“ und „nicht direktem“ Einwirken definieren, wollten die Oberhirten nicht verraten. (*KNA*, 6.12.12)

I (4344) **Dublin**. Die Regierung plant die Umwandlung einiger katholischer Schulen in multikonfessionelle Einrichtungen. Anlass ist eine Umfrage in fünf Gemeinden, in denen es ausschließlich katholische Schulen gibt. Dabei haben sich zwischen 37 und 50 Prozent der befragten Eltern für mehr Wahlfreiheit bei der Schulträgerschaft ausgesprochen. Die Regierung hatte die Umfrage in Auftrag gegeben, um den Bedarf an nicht-katholischen Schulen festzustellen. In Irland befinden sich über 90 Prozent der Grundschulen in katholischer Trägerschaft. Der Vorsitzende der Gruppe „Catholic Schools Partnership“ kritisierte die Pläne der Regierung. (*Irish Examiner*, 12.12.12)

Italien

I (4345) **Mailand**. Der mit dem Vatikan eng verbundene Mailänder Kardinal Angelo Scola startete einen offenen Angriff auf das französische Modell der „Laizität“, also der konsequenten Trennung von Staat und Religion. Diese Vorstellung vom neutralen Staat sei „sehr problematisch“, sagte Scola bei einem Gottesdienst in der Ambrosiusbasilika von Mailand. Auch die Konfrontation zwischen US-Präsident Barack Obama und den US-Bischöfen sei im Kern auf das französische Laizitäts-Konzept zurückzuführen. Das Prinzip der Neutralität des Staates höhle in letzter Konsequenz das Prinzip der Religionsfreiheit aus, was in einigen westlichen Gesellschaften bereits erhebliche Auswirkungen habe. (*Corriere della sera*, 7.12.12.)

Österreich

I (4346) **Wien**. Der von mehreren säkularen Verbänden gebildete gemeinnützige Verein „Initiative gegen Kirchenprivilegien“ hat gleich zwei Erfolge errungen. Zum einen konnte der Verein genügend Unterschriften sammeln um ein Volksbegehren über die Beendigung bestimmter kirchlicher Privilegien zu erreichen. Zum anderen gelang es dem Verein, das Thema Knabenbeschneidung in die öffentliche Diskussion zu bringen. Anlass war eine Anzeige der Initiative gegen den Wiener Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister und einen muslimischen Arzt aufgrund einer nicht von einem ausgebildeten Mediziner durchgeführten Beschneidung. Darauf reagierte der Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs (IKG)

mit einer Gegenanzeige wegen angeblicher „Herabwürdigung religiöser Lehren“ sowie der „Verhetzung“ und „Verleumdung“ entsprochen, so die Organisation in ihrer Klageschrift. Die israelitische Religionsgesellschaft sieht die Gesetzeskonformität der traditionellen Beschneidung „juristisch eindeutig abgesichert“. Immer wieder werde die Beschneidungsdiskussion entfacht, dabei fehle es jedoch, „wie auch in dem jüngst unternommenen Angriff“, an Respekt vor Andersdenkenden. Der Anzeige werden zwar keinerlei Erfolgsaussichten eingeräumt, doch machte der israelitische Dachverband deutlich, dass er eine andere Sichtweise auf die Kinderbeschneidung als die eigene für rechtswidrig hält. (*kathpress*, 4.12.12)

I (4347) **Wien**. Der Pastoraltheologe Paul Zulehner, der eine Studie zur Entwicklung der Religiosität in Österreich erstellt hat, räumt sowohl einen Glaubens- als auch einen Kirchenschwund ein; letzterer sei aber deutlich stärker. 1.000 Personen wurden Ende 2012 dazu repräsentativ befragt und die Ergebnisse mit Daten aus den Jahren 2007, 1992 und 1988 verglichen. Der Anteil jener Menschen, denen Gott ein wichtiger Teil in ihrem Leben ist, fiel im Zeitraum von 1988 bis 2007 von 42 auf 34 Prozent. Sie stieg jedoch bis 2012 wieder auf 39 Prozent an. Allerdings wird der verwendete Gottesbegriff zunehmend diffuser und hat oft nur wenig mit dem personalen monotheistischen Gott zu tun. Der Schwund in der katholischen Kirche ist hingegen nicht wegzuleugnen: Ende 2012 waren nur noch 63 Prozent der Österreicher auf dem Papier katholisch fast ein Prozent weniger als 2011. (*kathpress*, 11.12.12)

I (4348) **Wien**. Die von der katholischen Kirche eingesetzte und kontrollierte „Klasnic-Kommission“, um die Fälle von Missbrauch und Gewalt in katholischen Einrichtungen aufzuarbeiten, wird den Großteil der Fälle bis Jahresende 2012 bearbeitet haben. Sie gibt an, dass die „Unabhängige Opferschutzkommission“ soeben zum letzten Mal in diesem Jahr zusammengetreten sei, um über finanzielle Hilfen zu befinden. Auf Anfrage erklärte Kommissionssprecher Herwig Hösele, dass insgesamt 1.422 Personen bei der Opferschutzkommission als Opfer registriert wurden. (*Die Presse*, 17.12.12)

Russland

I (4349) **Moskau**. Die Duma-Abgeordneten wollen nun doch einen Gesetzesvorschlag gegen religiöse Beleidigungen entschärfen. Präsident Vladimir Putin zeigte sich besorgt, dass das Gesetz „die heikle Balance zwischen den vielen Religionsgemeinschaften in Russland stören“ könnte. Die Präsidentenpartei hatte den Gesetzesvorstoß kurz nach dem Urteil gegen die Punkband *Pussy Riot* gemacht. Mitglieder der Band wurden wegen eines von streng Religiösen als blasphemisch empfundenen Auftritts in der Moskauer Erlöserkathedrale zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt. Der ursprüngliche Gesetzesvorschlag sah für Religionsbeleidigungen Haftstrafen vor; dagegen hatten viele im westlichen Ausland protestiert. (*reuters*, 3.12.12)

Schweiz

I (4350) **Zürich**. Eine deutliche Mehrheit der europäischen Bevölkerung ist für die Sterbehilfe. Dies ergab eine Umfrage des Schweizer Instituts „Isopublic“, die zeitgleich in zwölf europäischen Ländern durchgeführt wurde. In Deutschland und Spanien können sich laut der Studie mehr als 70 Prozent der Befragten vorstellen,

Sterbehilfe in Anspruch zu nehmen. Ein Verbot der Sterbehilfe, wie es von deutschen Ärzten gefordert wird, lehnen laut der Umfrage 79 Prozent der Deutschen ab. (*adnkronos*, 28.11.12)

I (4351) **Fischingen**. Religiöse Fundamentalisten in der Schweiz haben eine Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“, mit der sie erreichen wollen, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werden. Sie üben nun sogar Druck auf die katholischen Bischöfe aus. Sie forderten in ultimativem Ton ihre Unterstützung des Volksbegehrens ein. Ein Nein oder eine Enthaltung müssten als „persönliches Bekenntnis zur weiteren Mitfinanzierung von verabscheuenswürdigem Verbrechen“ aufgefasst werden, so die Initiatoren. Die Bischofskonferenz beriet zwei Tage später bei ihrer turnusgemäßen Tagung unter anderem über die Initiative.

Das offiziell als "überparteilich" angegebene, in Wirklichkeit von ultrakonservativen Verbänden der Katholiken und Reformierten betriebene Volksbegehren wurde im Juli 2011 mit immerhin rund 111.000 Unterschriften eingereicht. (*kipa*, 1.12.12)

Vatikan

I (4352) **Vatikanstadt**. Der zweitmächtigste Mann im Vatikan, Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone, ist auf raffinierte Anwälte hereingefallen.

Der 1990 verstorbene Unternehmer Gerini, auch „Marquis Gottes“ genannt, hatte sein gesamtes Vermögen – Immobilien, Kunstwerke, Grundbesitz – einer Stiftung vermacht, die dem Salesianer-Orden untersteht. Gerinis Enkel fochten aber das Testament an. Nach langem Rechtsstreit eingten sich beide Seiten 2007, dass die Enkel 5 und der Anwalt Carlo Silvera 11,5 Millionen Euro erhalten sollten. Doch der Vertrag enthielt eine Klausel, deren Tragweite sich Kardinal Bertone erst lange nach seiner Zustimmung erschloss: Demnach sollte die Summe nachträglich an den Wert des noch zu schätzenden Erbes angepasst werden. Später bezifferte die Gutachter-Kommission den Wert auf 658 Millionen, wodurch sich das Honorar für Silvera auf 99 Millionen vervielfachte. Die Salesianer weigerten sich zu zahlen, woraufhin ein Gericht ihnen mit der Pfändung von Immobilien im Wert von 130 Millionen Euro drohte. Nach dem Urteil des römischen Gerichts verlor der Salesianer-Orden auf ganzer Linie, doch ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. (*Süddeutsche Zeitung*, 23.11.12; *KNA*, 28.11.12)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (4353) **Los Angeles**. Die Erzdiözese Los Angeles muss zahlreiche Akten über sexuellen Missbrauch durch Priester herausgeben. Die Richterin Emilie Elias entschied laut US-Presseberichten, die Kirchenleitung müsse bis 27. Dezember unter Verschluss gehaltene Dokumente über 69 beschuldigte Priester an die Justiz übergeben – was sie bisher verweigert hatte. Anfang Januar würden Einwände jener Geistlichen angehört, die ihre Akte geheim gehalten wünschten. 2007 hatten mehr als 550 mutmaßliche Missbrauchsoffer die Rekordsumme von 660 Millionen Dollar (etwa 511 Millionen Euro) als Entschädigung zugesprochen bekommen. Die Erzdiözese geriet dadurch an den Rand der Zahlungsfähigkeit. Der 2011 in Ruhestand getretene Kardinal Roger Mahony hatte für seinen Umgang mit dem Missbrauchsskandal um Entschuldigung gebeten und Fehler eingeräumt. Zumindest

den des Vertuschens und Verschweigens ahmt sein Nachfolger aber nach. (KNA, 11.12.12)

I (4354) **Michigan**. Die Bischöfe des amerikanischen Staates Michigan haben sich gegen einen als „Anti-Scharia“ bekannten Gesetzesentwurf ausgesprochen. Der Protest richtet sich gegen ein von den Republikanern geplantes Gesetz, das den Ausschluss von „fremden Gesetzen, die das konstitutionelle Recht beeinflussen können“ fordert. Die Katholische Konferenz von Michigan befürchtet, das Gesetz könne das geltende Kirchenrecht beeinflussen: „Jeglicher Schritt, der das interne Leben der katholischen Kirche beeinflussen kann, wird von uns als Angriff auf die Religionsfreiheit gesehen und muss dementsprechend verhindert werden“, so der Vorsitzende des Verbandes. (AP, 14.12.12)

Lateinamerika

Venezuela

I (4355) **Caracas**. Der Erzbischof von Caracas und zahlreiche Geistliche riefen die Gläubigen in Venezuela zum Gebet für Präsident Hugo Chavez auf. Der Linkspolitiker, der im Oktober erneut zum Präsidenten gewählt worden war, hat sich in Kuba erneut einer Krebsoperation unterzogen; dass er diesmal vor dem Verlassen des Landes versucht hat, seine Nachfolge zu regeln, gilt vielen Beobachtern als Anzeichen, dass es um Chavez ernst steht. In vielen lateinamerikanischen Hauptstädten fanden in diesen Tagen Messen statt, auf denen für die Genesung von Chavez gebetet wurde. Die Bischöfe rufen die Venezolaner auch zu massiver Teilnahme an den Regionalwahlen an diesem Sonntag auf; in einem Statement zeigen sie sich beunruhigt über die niedrige Beteiligung an den letzten Regionalwahlen. Konkrete Wahlempfehlungen geben die Bischöfe nicht, aber es ist klar, wen sie nicht mögen. Immer wieder war es in den letzten Jahren zu heftigen Schlagabtauschen zwischen Chavez und Bischöfen gekommen. Beobachter gehen deshalb davon aus, dass die Geistlichen die Versöhnung nur heucheln um unentschlossene Wähler für die kirchennahen Parteien zurückzugewinnen. (Radio Vatikan, 16.12.12)

Afrika

Ägypten

I (4356) **Kairo**. Ein Gericht in Kairo hat am Mittwoch sieben im Ausland lebende koptische Christen wegen Beleidigung des Islam zu Tode verurteilt. Den Verurteilten wird zur Last gelegt, an der Produktion des islamfeindlichen Films „Unschuld der Muslime“ mitgewirkt zu haben. Das teilte der Sprecher der Kairoer Staatsanwaltschaft, Adel Al-Saeed. Durch die Beteiligung an der Produktion und der Verbreitung des Films hätten sich die Verurteilten der Beleidigung des Islam und des Propheten Mohammed schuldig gemacht, zitieren ägyptische Medien aus der Urteilsbegründung. Alle Verurteilten, darunter auch der Produzent des Films, wurden in Abwesenheit verurteilt. Unter ihnen ist den Angaben zufolge auch der in Kalifornien lebende Nakoula Basseley Nakoula, der als Hauptverantwortlicher für das Video gilt. Vertreter der koptisch-orthodoxen Kirche bezeichneten das Urteil als hart. Sie

betonten aber zugleich, dass die Kirche jede Beleidigung von Religion ablehne. (CNN, 28.11.12)

Asien

Pakistan

I (4357) **Lahore**. Der umstrittene, weil willkürlich auslegbare und nur den Islam schützende Blasphemie-Paragraph fordert in Pakistan unter Christen und Muslimen weitere Opfer. Aufgebrachte Muslime bedrohten das christliche Schulzentrum in Azad Town bei Lahore im Bundesstaat Punjab, das vorwiegend von muslimischen Schülern aus armen Familien besucht wird, wegen angeblicher Blasphemie. Wie eine Nichtregierungsorganisation berichtet, hat der Imam der Stadt offenbar behauptet, dass Mitarbeiter der christlichen Schule Koranseiten zerrissen hätten. Eine entsprechende Information soll er durch einen anonymen Telefonanruf erhalten haben. Hunderte aufgebrachte Muslime begaben sich daraufhin zum Schultor und zwangen eine Mitarbeiterin zur Aushändigung der Schlüssel. Die Polizei konnte aber eine Plünderung der Schule verhindern. Die Anwälte der NGO haben bei der Polizei Anzeige wegen versuchter Verleumdung der Schule erstattet. Derweil ist ein 22-jähriger Muslim, der in den letzten Tagen wegen Blasphemie im Punjab verhaftet worden war, in der Untersuchungshaft gestorben. (*fides*, 3.12.12)

Anm. *MIZ*-Red. : Auch wenn *fides* eine katholische Agentur ist, die naturgemäß christliche Interessen vertritt, trifft ein solcher Paragraph erst recht die Nichtreligiösen, deren Unglaube von nicht wenigen Muslimen schon an sich als blasphemisch angesehen wird.

Saudi-Arabien

I (4358) **Mekka**. Abdul Aziz ben Abdullah, als Großmufti von Saudi-Arabien einer der wichtigsten Muslim-Führer weltweit, forderte in einer Fatwa (Rechtsentscheidung) die Zerstörung von nichtislamischen Gottes- und Gebetshäusern auf der arabischen Halbinsel. Er beantwortete damit eine Anfrage aus Kuwait, ob der Bau von Kirchen dort statthaft sei. Der Großmufti führte zur Begründung an, Mohammed habe noch auf dem Totenbett angeordnet, in dieser Region dürften „nicht zwei Religionen zugleich existieren“. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, vorhandene Kirchen zu zerstören. (Informationsbrief der evangelikalen Gemeinschaft *Kein anderes Evangelium* Nr. 273 vom August 2012, S. 3)

Türkei

I (4359) **Ankara**. Der Hohe Rat für den audiovisuellen Bereich (RTÜK) hat einem privaten Fernsehsender eine Geldstrafe von umgerechnet 22.600 Euro auferlegt. Grund ist die Ausstrahlung einer Folge der US-Fernsehserie „Die Simpsons“, in der Gott als Teufel dargestellt wird, der Jugendliche zu einem Mord anstiftet. Das wird von dem mit Religiösen durchsetzten Rat als „Verhöhnung Gottes“ bewertet. (*Agence France Presse*, 3.12.12)